

EINBLICKE IN DAS JAHR **2016**



Konrad
Adenauer
Stiftung

3

Editorial

5

Unsere Themen 2016

Was uns prägt – Was uns eint | **6**

Migration und Integration | **8**

Die Zukunft Europas –
Europa unsere Zukunft | **10**

Freiheitliche Gesellschaft
und wehrhafte Demokratie | **12**

Die Zukunft des Westens | **14**

Digitalisierung und Wohlstand von morgen | **16**

Stadt und Land | **18**

20

Die Konrad-Adenauer-Stiftung

Wir über uns | **21**

Die Konrad-Adenauer-Stiftung 2016 | **22**

Unsere Preisträger 2016 | **24**

25

Die Hauptabteilungen der Stiftung

Internationale und Europäische
Zusammenarbeit | **26**

Politik und Beratung | **28**

Politische Bildung | **30**

Begabtenförderung und Kultur | **32**

Akademie | **34**

Wissenschaftliche Dienste/
Archiv für Christlich-Demokratische Politik | **36**

38

Bilanzen

42

Vorstand, Mitglieder und Kuratorium

45

Publikationen

46

Gremien der Begabtenförderung

47

Impressum



*Dr. Hans-Gert Pöttering
Präsident des
Europäischen Parlaments a. D.,
Vorsitzender der
Konrad-Adenauer-Stiftung*



*Michael Thielen
Generalsekretär der
Konrad-Adenauer-Stiftung*

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

2016 könnte als Jahr der politischen Zerreißproben in die Geschichte eingehen. Der anwachsende Populismus, nicht nur in Deutschland, der Brexit und seine Folgen für die europäische Staatengemeinschaft, die Herausforderungen von Flucht, Migration und Integration oder auch der Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen hinterließen das Gefühl, die Welt könne aus den Fugen geraten.

Deutschland ist verflochten in diese tiefgreifenden Krisen, die in Europa und der Welt die gewohnten Ordnungen politisch, ökonomisch und kulturell nachhaltig erschüttern. Teile der Gesellschaft sehen der Zukunft mit Angst und Sorge entgegen, andere wiederum wissen die Unsicherheiten für eigene Zwecke zu nutzen.

Dabei sind die Voraussetzungen für einen erfolversprechenden Umgang mit den Herausforderungen überaus gut. Deutschland ist ein wirtschaftlich, sozial und kulturell starkes Land in der Mitte Europas. Die Zahl der Erwerbstätigen ist auf Rekordniveau, der Haushalt ausgeglichen, die Investitionen in Bildung und Forschung heute höher denn je. Wir leben in einem Land mit einem der leistungsfähigsten Sozialsysteme weltweit. Deutschland ist eine erfolgreiche und wehrhafte Demokratie, ein verlässlicher Bündnispartner, für die europäische Einigung engagiert und allerorten respektiert.

Die aktuellen Herausforderungen können auch eine Chance sein, sensibilisieren sie uns doch für den Wert demokratischer Institutionen. Sie führen uns vor Augen, dass Politik immer auch mit Verantwortung für das Gemeinwesen zu tun hat. Sie machen deutlich, dass die „gefühlte Krise“ am Ende zu einem weltoffenen Demokratieverständnis beitragen kann, dass das Bekenntnis zur Heimat, zum eigenen Land und zur europäischen Einigung zusammengehören, dass die demokratische Verfassung zu unserer Identität beiträgt – zu der alle dazugehören, die deren Regeln anerkennen und deren Werte leben.

In Deutschland können wir uns auf unsere demokratischen Institutionen, unabhängige Gerichte und die freien Medien verlassen. Dies ist in unserer heutigen Welt längst keine Selbstverständlichkeit mehr. Gesellschaftliche Veränderungen und Weiterentwicklungen lassen sich

was uns prägt

was uns eint

nicht blockieren oder verhindern. Als politisch interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger sollten wir alle Gelegenheiten ergreifen, zukünftige Entwicklungen und Veränderungen aktiv mitzugestalten und zu prägen.

So steht unsere Arbeit im laufenden Jahr 2017 bewusst unter dem Jahresmotiv „Mit Vertrauen in die Zukunft“. Wir wollen Mut machen: Mut, sich zu engagieren und zu beteiligen; Mut, auf unsere demokratischen Institutionen und ihre Widerstandsfähigkeit zu vertrauen; Mut, in die soziale und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes zu investieren.

Mit einer Vielzahl von Aktivitäten ermuntern wir Jahr für Jahr vor allem auch junge Menschen ihre Gestaltungsmöglichkeiten zu entdecken und zu nutzen. Wir diskutieren die aktuellen Themen der Zeit, zeigen unterschiedliche Perspektiven und Lösungen auf, ermuntern zur Mitsprache und vermitteln eine Haltung, die auf unserem christdemokratischen Selbstverständnis beruht.

Wenn Sie mehr über unsere Aktivitäten erfahren möchten, dann schauen Sie, so wie jährlich 6 Mio. andere Besucher, in unser Internetangebot unter www.kas.de.

Ein herzliches Dankeschön gilt allen, die mit uns die Geschicke der Konrad-Adenauer-Stiftung gestalten und lenken: den Mitgliedern der Gremien für das Vertrauen und die konstruktive Zusammenarbeit, den Förderern des Freundeskreises, den Spendern, Sponsoren und Partnern für ihre Unterstützung und besonders allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im In- und Ausland für ihre Tatkraft und ihr großes Engagement.

Die Zukunft unseres Gemeinwesens zu gestalten ist unsere Verantwortung.
Vertrauen wir also auf die Zukunft!

Sankt Augustin/Berlin, im Mai 2017

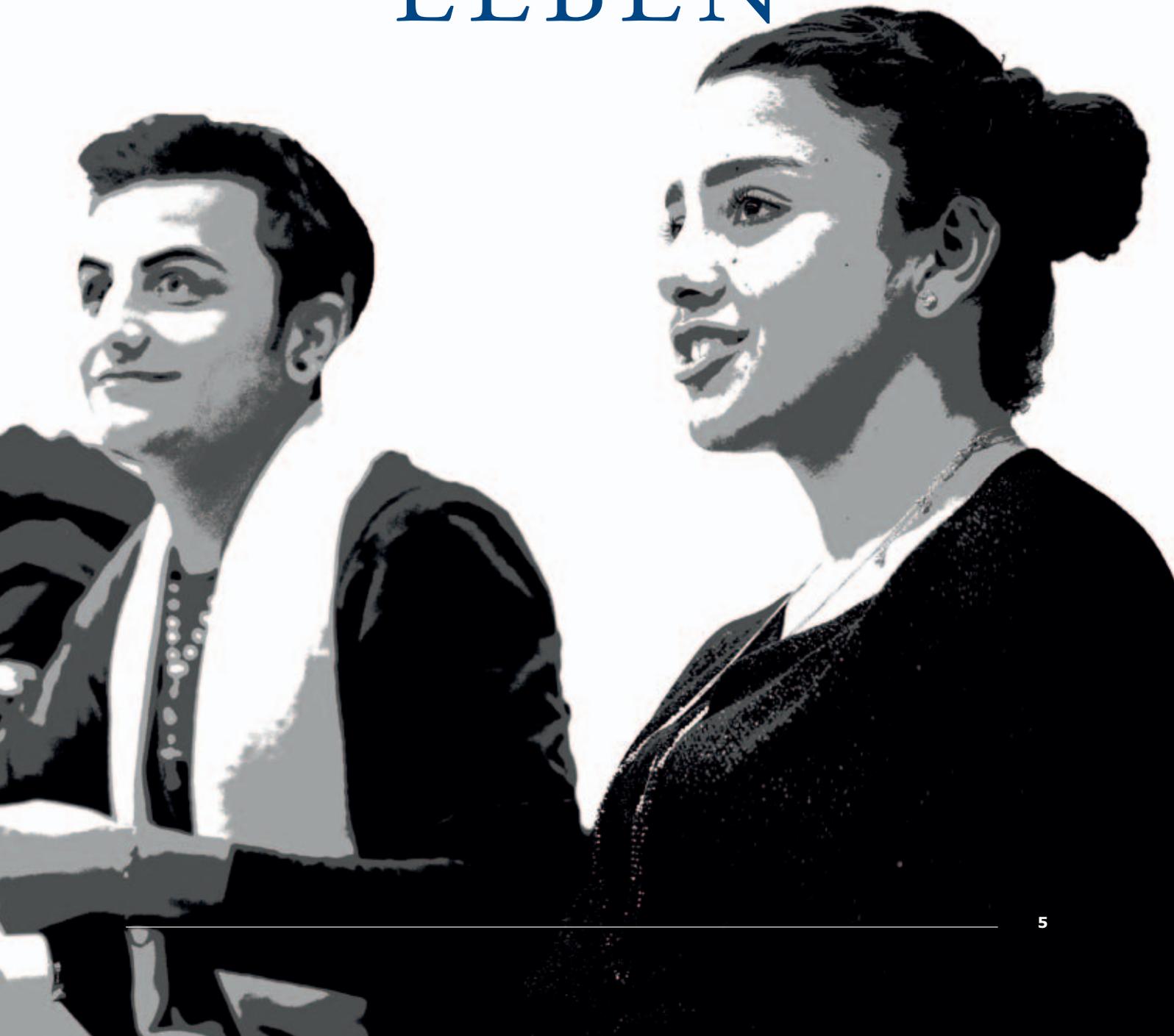


Dr. Hans-Gert Pöttering
Vorsitzender des Vorstands



Michael Thielen
Generalsekretär

GEMEINSAME WERTE LEBEN



Gesellschaftlicher Zusammenhalt, einende Werte, Leitbilder und Identität – Dauerthemen, die mit dem Jahresmotiv 2016 einmal mehr Aufmerksamkeit erhielten.

WAS UNS PRÄGT – WAS UNS EINT

Franke Gottwald

Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen; der Flüchtlingszuzug und die Debatten um Migration und Integration verlangen nach Gestaltung. Fragen nach einer gemeinsamen Identität, einem nationalen und europäischen Wir-Gefühl und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt sind von neuer Aktualität. Aus diesem Grund wählte die Konrad-Adenauer-Stiftung 2016 „Was uns prägt – Was uns eint“ als Jahresmotiv.

Dabei beleuchtete sie das Flüchtlingsgeschehen in seinen vielfältigen Dimensionen, skizzierte unmittelbare wie auch längerfristige Erklärungs- und Handlungsansätze und brachte Perspektiven aus anderen Weltregionen ein. Seien es die Auswirkungen der Flüchtlingskrise auf den Libanon, Sicherheitspolitik und Demokratieförderung in Westafrika oder Ressourcenkooperation als friedenssichernde

Maßnahme im Nahen Osten – mit unserem Reportageformat „Lage.Bericht“ gelang es, am Beispiel unserer Auslandsarbeit zu zeigen, warum politischer Dialog so wichtig ist. Zudem wurden auch Stimmen eingefangen, die den Alltag in Flüchtlingscamps eindrücklich schildern können.

Gedankliche Klarheit und ehrliche Debatten

Ein wesentliches Anliegen der Stiftung war und ist es, in einer Debatte – in der Flüchtlingspolitik, Asylrecht, Einwanderung, Arbeitskräftemigration oder EU-Freizügigkeit oft unterschiedslos vermischt werden – zur gedanklichen Klarheit beizutragen. Auch gilt es, Überfremdungsängste, Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und politisch motivierte Gewalt kritisch zu thematisieren. Dieser Aspekte haben wir

uns in einer Vielzahl von Veranstaltungen, insbesondere regional durch Angebote der Politischen Bildungsforen, angenommen. In Dresden nahm die Reihe „Grenzen im Zeichen der Entgrenzung“ mit namhaften Referenten unterschiedlicher Disziplinen den Begriff „Grenzen“ in all seinen Facetten in den Blick. Denn in vielen Fragen – wie etwa zu Zielen und Grenzen von Integration – sind unterschiedliche Meinungen möglich. Dies spiegelte sich auch in der Ausgabe „Wir“ der Politischen Meinung wider, unter anderem mit Beiträgen von Herfried Münkler, Julia Klöckner und Udo di Fabio.

Die Stiftung bietet stets Raum für einen gesellschaftlichen, politischen und intellektuellen Diskurs darüber, was unsere Gemeinschaft ausmacht. Die Debatte über die ideellen Grundlagen unserer freiheitlichen Gesellschaft, die Bedingungen unserer demokratischen Ordnung und die Voraussetzungen der Zukunftsfähigkeit Deutschlands zu führen und mitzuprägen – das ist unser Anspruch und das christliche Menschenbild unser Kompass. Die „Bonner Rede zur Demokratie“ richtete den Blick auf Artikel 2 des Grundgesetzes; Stipendiaten der Begabtenförderung befassten sich mit Heterogenität und Identität; die JugendpolitikTage widmeten sich ebenfalls dem Jahresmotiv.

Am Tag der Konrad-Adenauer-Stiftung 2016 erteilte der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, rückwärtsgewandten Debatten eine klare Absage. Er forderte, über das zu sprechen, was uns in Zukunft einen und prägen soll, anstatt über die Vergangenheit zu debattieren. Dies steht im Einklang mit den Fragen, die wir 2016 zu klären suchten: Welches sind die einenden und bindenden Werte? Wie lassen sie sich für die Gegenwart „neu übersetzen“ und in Zukunft leben?

Klare Leitbilder und positive Identifikation

Um auf die aktuellen Herausforderungen zu reagieren, reicht es nicht, sich seiner selbst zu vergewissern. Wir wollen auch aufzeigen, welches geistig-kulturelle Zuhause wir Zuwanderern und Flüchtlingen bieten. Sozial geteiltes und verbindliches Wissen darüber, welche Spielregeln die Gesellschaft hat, stellt ein bedeutendes Element von Identität dar. Es gilt, diejenigen, die langfristig bleiben werden, mit den staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, mit Regeln und Traditionen vertraut zu machen und sie einzubinden in demokratisches Engagement. Die Filmreihe „Was uns prägt – Was uns eint“ zeigt – einfach, anschaulich und auch in arabischer Sprache verfügbar – die zentralen Werte unserer Demokratie.

Soll die Integration von Zuwanderern keine 20 oder 30 Jahre dauern, sollten sie bei diesem Prozess unterstützt und ermuntert werden. Dies belegt unter anderem eine Studie der Stiftung, die Einstellungen von Migranten und Ausländern sowie die Integration von Muslimen untersuchte. Die Ergebnisse sprechen für ein Integrationsgesetz, welches neben der strukturellen und kulturellen Integration in Form von Sprachkenntnissen auch die soziale und kulturelle Integration berücksichtigt.

„Was uns prägt – Was uns eint“: Dieses Jahresmotiv ermutigt, über unsere Identität nachzudenken, unablässig danach zu suchen und ein positives Selbstbild zu entwickeln. Leitbilder und die Wertschätzung einer Kultur des Zusammenhalts und der Anerkennung sind zentrale Ressourcen einer offenen, mutigen und innovationsstarken Gesellschaft. So schaffen wir Vertrauen, positiv in die Zukunft zu blicken.

Um Fluchtursachen zu mindern, Migration zu lenken und Integration zu fördern, arbeiten wir mit Akteuren auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zusammen.

MIGRATION UND INTEGRATION

Dr. Christina Krause | Benedict Göbel

Flucht, Migration und Integration beschäftigen die Deutschen seit dem Sommer 2015 intensiv. Für 81 Prozent von ihnen gehörten diese Bereiche laut Politbarometer im Januar 2016 zu den mit Abstand wichtigsten Herausforderungen für die Zukunft des Landes. Bei der Erläuterung der Ursachen von Flucht und Vertreibung sowie der Suche nach Lösungen für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben ist die Konrad-Adenauer-Stiftung an der Schnittstelle zwischen Politik und Gesellschaft besonders gefragt. National und international haben wir 2016 rund 300 Maßnahmen umgesetzt, darunter Diskussionen, Workshops, Planspiele und Schulungen, aber auch Stipendien, Informationsmaterialien, Beratungspapiere und Studien. Um ihre Arbeit hauptabteilungsübergreifend zu koordinieren, rief die Stiftung im September 2016 die Arbeitsgruppe „Integration und Migration“ ins Leben.

Globale Herausforderung

International beteiligten sich unsere Auslandsbüros intensiv an den politischen Diskussions- und Reformprozessen. Um Fluchtursachen zu mindern, Migration zu lenken und Integration zu ermöglichen, gilt es, die internationale Zusammenarbeit zu verstärken. Unsere Aufgabe ist es hierbei, Situationen zu analysieren, Perspektiven zu vermitteln und einen konstruktiven Dialog aufzubauen. Wir machen auf Probleme aufmerksam und arbeiten mit lokalen, nationalen und internationalen Akteuren an Lösungen. So setzten wir uns im Libanon, in Jordanien und im Nordirak mit Maßnahmen in den Bereichen Konfliktprävention, Rechtsstaatspflege sowie bei Aufbau und Stärkung von Kapazitäten für eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen in den Aufnahmeländern ein. Seit 2016 leisten das

neu gegründete Regionalprogramm „Politischer Dialog und regionale Integration im südlichen Mittelmeer“ und das neu eröffnete Auslandsbüro in New York bei den Vereinten Nationen wichtige Beiträge in diesem Bereich.

Auf europäischer Ebene trug die Stiftung mit Analysen, Workshops und Dialogprogrammen dazu bei, einen Austausch der Perspektiven von Griechenland bis nach Schweden zu ermöglichen, die deutsche Position zu vermitteln und Vertrauen und Solidarität in Europa zurückzugewinnen. Besonders intensiv war der Austausch mit denjenigen EU-Mitgliedstaaten, die nach wie vor einen starken Migrationsdruck erfahren und/oder einer Verteilung von Schutzsuchenden ablehnend gegenüberstehen.

Zusammenarbeit auf allen Ebenen

In Deutschland informierten die 18 politischen Bildungsforen und Regionalbüros über Probleme, Lösungen und Initiativen rund um die Themen Flüchtlinge und Integration. Sie förderten den Dialog mit den Bürgern und arbeiteten an der Vermittlung von Best Practices im Umgang mit Flüchtlingen. Die Journalistische Nachwuchsförderung ging im Magazin „Neuland“ der Frage nach, wie sich unser Land durch die vielen neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger verändert. In Berlin sensibilisierte die Akademie mit ihrer Veranstaltungsreihe „Kulturgeschichten“ für das Schicksal von Menschen mit Migrationshintergrund. Einen engen Bezug zu dem Thema konnten Stipendiaten und junge Altstipendiaten der Begabtenförderung im Rahmen des Studienpatenschaftsprogramms „Senkrechstarter“ herstellen, in dem sie begabte junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf ihrem Weg an die Universität begleiteten.

2016 haben sich zudem erstmals auch Flüchtlinge für unsere Studien-Stipendien bewerben können. Neun von ihnen erhielten eine Zusage.

Die Stiftung stand Entscheiderinnen und Entscheidern auch mit ihrer Grundlagenberatung beratend zur Seite. Über die Chancen und Herausforderungen des Zusammenlebens informierte die Studie „Was uns prägt – Was uns eint“ zu Integration und Wahlverhalten von Menschen mit Migrationshintergrund und Ausländern in Deutschland. Die Reihe „Perspektiven der Integrationspolitik“ nahm die Integrationspraxis in anderen Ländern Europas in den Blick, während integrationsrelevante religionspolitische Themen im „Monitor Religion und Politik“ aufgegriffen wurden. Mit den zentralen Werten unserer Demokratie setzte sich die Kurzfilm-Reihe „Was uns prägt – Was uns eint“, anschaulich und in mehreren Sprachen, auseinander.

Zukunftsweisende Grundsatzthemen

Im Laufe des Jahres 2016 hat sich die Einsicht verfestigt, dass Integration und Migration nicht unabhängig von grundsätzlicheren Fragen betrachtet werden können. Im Mittelpunkt stehen der Umgang mit dem eigenen nationalen Selbstverständnis, der eigenen Kultur und jenen Werten, die unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung zugrunde liegen. Diese Fragen rücken in einer religiös und ethnisch vielfältigeren Gesellschaft immer stärker in den Vordergrund. Die Frage nach dem, was uns in Deutschland prägt und eint, bleibt auch in den nächsten Jahren eine große Herausforderung für Deutschland. Doch in den vergangenen Jahren wurde viel erreicht, was uns Vertrauen in die Zukunft gibt.

Dem oft von Kulturpessimismus und Freude am Scheitern geprägten Diskurs der Europakritiker setzen wir ein positives, christdemokratisch geprägtes Europabild entgegen.

DIE ZUKUNFT EUROPAS – EUROPA UNSERE ZUKUNFT

Olaf Wientzek | Dr. Lars Hänsel

2016 hat die EU einige ihrer schwersten Stunden erlebt: In einem Referendum entschied sich eine knappe Mehrheit der Briten für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Damit wird voraussichtlich 2019 erstmals ein Mitgliedstaat die Gemeinschaft verlassen. Andere Krisen und deren Nachwirkungen, mit denen sich die EU bereits zuvor auseinandersetzen musste, blieben virulent: Die Flüchtlingskrise erreichte Anfang des Jahres ihren zwischenzeitlichen Höhepunkt, die Nachbarschaft Europas blieb – auch durch Russlands aktives Zutun – volatil. Griechenland hat seine Krise noch nicht überwunden. Darüber hinaus warf das Handeln einiger Regierungen Fragen hinsichtlich der rechtsstaatlichen Entwicklung ihrer Länder auf. Jenseits dieser Krisen sah sich die EU 2016 zunehmend mit einem von linken wie rechten Populisten propagierten Narrativ konfrontiert, das ihr Werte-

fundament infrage stellt: Jenes steht für Protektionismus, Abschottung und eine nationalistische, anti-europäische Weltsicht verbunden mit Bewunderung für ein autokratisches Herrschaftssystem.

Dennoch hat die EU trotz aller Krisen 2016 durchaus auch Signale der Handlungsfähigkeit vermitteln können, die Anlass zur Hoffnung geben: Die Eurozone ist zu einem soliden Wirtschaftswachstum zurückgekehrt, es gelangen erste wichtige Schritte hin zu einer gemeinsamen Migrations- und Asylpolitik. Zudem rückten die EU-27 nach dem Brexit enger zusammen und begannen einen Reflexionsprozess über die Zukunft der Union. Die Unterstützung für einen möglichen Austritt aus der EU ist nach dem Brexit-Votum in zahlreichen Ländern inzwischen wieder spürbar zurückgegangen: Die Mehrheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger ist unzufrie-

den mit der Performance der EU, aber nicht gegen die europäische Integration als solche.

Der Kontrast der seit über 70 Jahren andauernden Epoche des Friedens und des Wohlstands in der EU zur dramatischen Situation in ihrer unmittelbaren östlichen und südlichen Nachbarschaft verdeutlicht die Notwendigkeit eines unermüdlichen Einsatzes für die europäische Integration. Der europäische Gedanke bleibt daher für die Konrad-Adenauer-Stiftung ein Kernbereich ihrer Arbeit als Europa-Stiftung. Sie konzentrierte ihre europapolitische Arbeit 2016 auf die Vermittlung aktueller EU-Politik, die Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Gesellschaften der verschiedenen Mitgliedstaaten sowie darauf, die Diskussion über die Zukunft Europas aus christdemokratischer Perspektive zu prägen.

Dem oftmals von Kulturpessimismus und Freude am Scheitern geprägten Diskurs der Europakritiker setzten wir ein positives, christdemokratisch geprägtes Europabild entgegen, das sich auf Stabilität, Solidarität, Subsidiarität und das gemeinsame europäische Wertefundament gründet: Gemeinsam mit hochrangigen europäischen Persönlichkeiten veröffentlichte unser Vorsitzender, Hans-Gert Pöttering, in Printmedien von über 20 EU-Ländern Appelle für ein mutiges Bekenntnis zu Europa und für mehr Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der inneren wie äußeren Sicherheit. Mit Publikationen, u. a. über die Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der Flüchtlingskrise, trug die Stiftung zu einem klareren Bild über die Errungenschaften der EU bei.

Das europäische Integrationsprojekt kann nur gelingen, wenn es auf starken bilateralen Beziehungen und gegenseitigem Verständnis basiert. Durch Staatsschulden- und Flüchtlingskrise waren die

Beziehungen zwischen Nord, Süd, Ost und West erheblichen Belastungen ausgesetzt. Unsere EU-Auslandsbüros nehmen daher eine wichtige Mittlerfunktion wahr: Mithilfe von Vortragsveranstaltungen, Seminaren, Dialog- und Informationsprogrammen mit Politikern sowie Vertretern von Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen, Nachwuchskräften und Zivilgesellschaft trugen sie europaweit zu einem besseren Verständnis deutscher europapolitischer Positionen bei. Gleichzeitig förderte die Stiftung damit sowie mit ihrer umfassenden Berichterstattung aus den europäischen Einsatzländern auch das Verständnis für die Haltung anderer Mitgliedstaaten. Mehrere bilaterale Diskussionsformate zu europapolitischen Fragen wurden für Teilnehmende aus anderen EU-Ländern geöffnet, um somit regionenübergreifend zum Zusammenwachsen der EU und zu einem besseren wechselseitigen Verständnis beizutragen. Ferner schuf die Stiftung mit „12 Städte – 12 Sterne“ ein länderübergreifendes öffentliches Veranstaltungsformat zu unterschiedlichen Feldern der Europapolitik.

Darüber hinaus haben wir uns ausführlich in die Diskussion über die Zukunft der EU eingebracht: Zum einen durch die Arbeit in einer neu gegründeten „Reflexionsgruppe“ zur Zukunft Europas, zum anderen in Publikationen mit konkreten Handlungsempfehlungen zur Migrations- und Sicherheitspolitik und künftigen Handels-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik der EU in der südlichen Nachbarschaft. Damit die EU dauerhaft eine Gemeinschaft des Friedens und des Wohlstands bleiben kann, ist sie auf eine demokratische sowie wirtschaftlich und politisch stabile Nachbarschaft angewiesen: Mithin hat die Stiftung in ihren Büros im westlichen Balkan sowie in den Ländern der östlichen Nachbarschaft durch Dialogprogramme, Beratung und Seminare dazu beigetragen, Demokratisierungs- und Europäisierungsprozesse zu stärken.

Die Herausforderungen der Demokratie können eine Chance sein, denn sie sensibilisieren für den Wert demokratischer Institutionen.

FREIHEITLICHE GESELLSCHAFT UND WEHRHAFTE DEMOKRATIE

Franziska Fislage | Tobias Montag

Das Jahr 2016 hat uns vor Augen geführt, wie verletzlich Demokratien sind. Von innen und außen werden sie herausgefordert. In Europa und den USA machen populistische Bewegungen von sich reden, die Einzelinteressen zum „Volkswillen“ erklären und zunehmend offensiv auftreten. Sie sehen Parlamente als Spielwiese einer angeblich bürgerfernen Politikerkaste an. Das Ringen um gemeinwohlorientierte Mehrheitsentscheidungen und Kompromisse erscheint ihnen als Zumutung. In Deutschland befeuern Populisten den Ruf nach mehr direkter Demokratie und Transparenz, aber nur solange es nicht um ihre eigenen Interessen geht. Großbritanniens Brexit-Befürworter attackierten Westminster, als es Abgeordnete beider Häuser wagten, auf die Parlamentsouveränität auch bei der Frage des EU-Austritts zu pochen. Den Richtern, die in dieser Frage letztlich zu entscheiden hatten, erging

es nicht besser. In den USA – der Vormacht der westlichen Demokratien – wird über „Alternative Wahrheiten“ diskutiert, die die Politik prägen.

Mit Unbehagen sehen wir den scheinbar ungebrochenen Vormarsch des Autoritarismus beispielsweise in Russland und der Türkei. Desinformationskampagnen und Social Bots ausländischer Mächte versuchen, Wahlkämpfe zu beeinflussen und die Innenpolitik anderer Länder zu steuern. Gesellschaften lassen sich zwar nicht einfach auf Knopfdruck lenken, auch wenn die „Sozialtechnik“ noch so raffiniert sein mag. Sorge bereitet aber das Misstrauen, das langsam durchsickern und die demokratischen Institutionen aufweichen könnte. Die Frage steht im Raum: Wie ist es um ein Parlament, eine Regierung bestellt, wenn die Gefahr besteht, dass Wahlen von autoritären Mächten manipuliert

werden können? Wenn „Roboter“ Meinungsbildung betreiben? Wenn die Grundfesten der repräsentativen Demokratie wanken? Steht die Legitimität demokratischer Institutionen am Ende auf dem Prüfstand, haben die Feinde der Demokratie ihr Ziel längst erreicht.

Unsere Werte verteidigen

Genau das gilt es zu verhindern – doch wie? Einige in Deutschland reagieren eher schwerfällig auf die Herausforderungen der Demokratie. Offenbar haben sie unsere Grundwerte vergessen und verlernt, sie zu verteidigen. Wer von diesen Verzagten traut sich heute noch, die Anwürfe der Befürworter der direkten Demokratie gegen den Parlamentarismus zurückzuweisen? Da wird schnell der Vorwurf laut, undemokratisch zu sein. Als wären vermeintlich „basisdemokratische“ Volksbegehren und Volksentscheide, die überwiegend von interessengeleiteten, ebenso kleinen wie gut organisierten Minderheiten-gruppen dominiert werden, demokratischer. Warum müssen sich Abgeordnete den Vorwurf gefallen lassen, sie hätten die Regierungspolitik nicht aus freiem Willen mitgetragen, sondern weil Druck auf sie ausgeübt worden sei? Zu oft verbirgt sich hinter solchen von der Konrad-Adenauer-Stiftung untersuchten Verschwörungstheorien lediglich der Unwille, einer Mehrheitsentscheidung zu folgen. Dabei gehört auch das zur Demokratie! Am Ende eines ausgewogenen Meinungsbildungsprozesses steht eine Entscheidung. Und diese kann immer auch von der Minderheit akzeptiert werden, weil unser Rechtsstaat deren Grundrechte seit Jahrzehnten zuverlässig schützt und ihnen die Chance gibt, für ihre Position um eine Mehrheit zu werben. Wer als Teil einer Minderheit gegen den gesellschaftlichen

Konsens aufbegehrt und diesen dabei als „politische Korrektheit“ und „vom Volk entkoppelt“ abtut, kaschiert damit lediglich seine demokratiefeindliche Haltung. Das fällt nur auf fruchtbaren Boden, weil wir dem künstlich errichteten Gegensatz zwischen Politik und Bürgern zu lange nicht entschieden widersprochen haben.

Die Herausforderungen der Demokratie können aber auch eine Chance sein, denn sie sensibilisieren für den Wert demokratischer Institutionen. Sie führen durch ihre Gegenspieler vor Augen, dass Politik immer auch etwas mit Verantwortung für das Gemeinwesen zu tun hat. Sie machen deutlich, dass das Wohl des Einzelnen und ein funktionierendes Gemeinwesen zusammenhängen. Es wäre somit auch möglich, dass aus dieser Diskussion am Ende überraschend ein modernes und weltoffenes Demokratieverständnis hervorgeht. Ein Demokratieverständnis, bei dem Vaterlandsliebe und Republik zusammengehören. Bei dem die demokratische Verfassung zur politischen Identität beiträgt. Auf dem die Bürger ein Gemeinwesen gründen, zu dem jeder dazugehören kann, der dessen Regeln anerkennt und dessen Werte lebt.

Mit unserer Publikation „Die bessere Demokratie. Grundsätze für eine repräsentative Ordnung“ wollen wir ermuntern, in Zeiten der Infragestellung der Demokratie Haltung zu bewahren. Die Bürger haben die Zukunft unseres Gemeinwesens selbst in der Hand. Dies macht die Wehrhaftigkeit der Demokratie aus.

Die Demokratien des Westens stehen unter Druck – von außen wie von innen. Es gilt offenzulegen, wie kurzsichtig und gefährlich anti-liberale Alternativen sind.

DIE ZUKUNFT DES WESTENS

Dr. Patrick Keller | Nico Lange

Die freiheitlichen Demokratien des Westens, geprägt von Aufklärung, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Demokratie und Marktwirtschaft, stehen von außen und von innen unter Druck. Anti-liberale Akteure wie Russland, China oder der Iran versuchen, ihren Einflussbereich auszudehnen. Dadurch unterminieren sie die regelbasierte, freiheitliche internationale Ordnung, die für demokratische Handelsnationen wie Deutschland von existenzieller Bedeutung ist.

Der Erfolg dieser Akteure ist möglich, weil die USA schwächeln. Keine andere westliche Macht verfügt über die Stärke und die politische Geschlossenheit, die Rolle der USA als Garantiemacht der liberalen internationalen Ordnung zu erfüllen. Unter Präsident Obama aber haben sich die USA weitgehend von dieser Rolle verabschiedet. Ob der Rückzug aus

dem Irak und Afghanistan, die Zurückhaltung in der Ukraine, folgenlose Drohungen in Syrien, drastische Kürzungen im Verteidigungshaushalt, die militärisch nicht unterfütterte Ankündigung einer Hinwendung nach Asien-Pazifik – so berechtigt diese und weitere Entscheidungen gewesen sein mögen, sie schufen den Raum, den nun anti-westliche Kräfte füllen.

Vor diesem Hintergrund arbeitete die Konrad-Adenauer-Stiftung in den Vereinigten Staaten 2016 mit dem Carnegie Endowment for International Peace in der „Task Force on US Policy toward Russia, Ukraine, and Eurasia“ zusammen. Gespräche und Konferenzen widmeten sich der Frage, wie man eine regionale Ordnung in diesem für die EU essentiell wichtigen Gebiet sichern kann. Ebenfalls auf der Agenda stand die transatlantische Verständigung mit Blick auf den Nahen und Mittleren Osten. Das Projekt „Future of

Iraq“ brachte Experten aus Politik, Diplomatie und Militär mit Fachleuten aus Nahost, den amerikanischen Universitäten und Think Tanks zusammen.

Jedoch sind es nicht nur Kräfte von außen, die den liberalen Westen unter Druck setzen. Im Innern nagen populistische Vereinfacher mit destruktiven Kampagnen und unerfüllbaren Versprechungen am sozialen Zusammenhalt und an der Identität der offenen Gesellschaften. Besonders besorgniserregend sind die vielfältigen Verbindungen zwischen diesen inneren und äußeren Feinden der liberalen Ordnung, etwa Russlands finanzielle Unterstützung für den französischen Front National oder die Verbreitung von ausländischer Propaganda über (Internet-)Medien.

Mit den in diesem Zusammenhang stärker gewordenen Diskursen zu Religion und Politik ist das Grundrecht der Religionsfreiheit in den Fokus gerückt. Die Konferenz „Multinational Efforts to Promote Freedom of Religion or Belief“ brachte etwa 100 Parlamentarier aus 45 Staaten und rund 150 hochrangige Repräsentanten der Weltreligionen, Beobachter aus Diplomatie und NGOs in New York und zeitgleich zur UN-Vollversammlung zusammen.

Ein zentrales Problem des Westens besteht darin, seinen Feinden in die Hände gespielt zu haben. Er hat seine eigene Kraft überdehnt und zugleich seine moralische Autorität geschwächt. Der völkerrechtswidrige Irak-Krieg, die Dehnung des Rechts im Umgang mit Terrorverdächtigen nach dem 11. September 2001, die zerstörerischen Auswirkungen des Kapitalismus in der Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise – solche Entwicklungen machen es anti-liberalen Akteuren leicht, den Westen als doppelzüngig, fehlgeleitet und überkommen darzustellen.

Dabei ist der Westen in der Substanz überwältigend stark. Mit Blick auf Wirtschaftsleistung, Innovationskraft, demografische Entwicklung, Energieunabhängigkeit und militärische Möglichkeiten brauchen die USA nach wie vor keine andere Macht zu fürchten. Für Europa ist die Lage weniger rosig, aber eine politisch einige Europäische Union bliebe eine Versicherung für Wohlstand und Stabilität.

2016 organisierte die Stiftung in den USA Dialogprogramme zu Innovation, Wirtschaft und Handel. Fachgespräche mit Vertretern der US-Wirtschaft trugen dazu bei, den Dialog über eine transatlantisch abgestimmte Handels- und Innovationspolitik zu fördern. Im Silicon Valley nahm die Stiftung zudem Internet-getriebene Firmen in den Blick und untersuchte deren Bedeutung für unsere Werte und die Fortentwicklung der modernen Weltordnung.

Wie das Schlagwort vom „postfaktischen Zeitalter“ zeigt, geht es aber bei den derzeitigen Verwerfungen gar nicht um diese traditionellen Maßeinheiten von Macht. Westliche Gesellschaften durchlaufen eine Krise ihrer (politischen) Kultur, ihres Selbst-Bewusstseins – nicht in erster Linie der ökonomischen oder militärischen Sicherheit. Die zentrale Aufgabe der westlichen Eliten besteht daher darin, öffentliches Vertrauen in ihre Steuerungsfähigkeit und Legitimation zurückzugewinnen. Das wird ohne eine positive Agenda für mehr Subsidiarität und intensivere Einbindung gesellschaftlich engagierter Bürger nicht gelingen. Dazu gehört auch offenzulegen, wie kurzsichtig und gefährlich die anti-liberalen Alternativen sind. Ihre Ordnung wäre nicht global, sondern aus geografischen Einflusszonen gebaut, in und zwischen denen das Recht des Stärkeren gilt. Es liegt auf der Hand, dass dies nicht im deutschen Interesse sein kann und allen politischen Traditionslinien der Bundesrepublik widerspricht.

Der künftige Wohlstand hängt davon ab, wie es im Spannungsfeld von Old und New Economy gelingt, Rahmenbedingungen für das Miteinander beider zu fördern.

DIGITALISIERUNG UND WOHLSTAND VON MORGEN

Matthias Schäfer | Dr. Pencho Kuzev

Die wirtschaftspolitischen Herausforderungen haben den Zustand des Krisenhaften überwunden. Deutschlands Wirtschaft ist weiterhin robust und auch in den Krisenländern der Europäischen Union gibt es Zeichen der Erholung. Die Phase der Beruhigung ist aber keinesfalls sicher. Die neuen geopolitischen Entwicklungen, wie beispielweise ein zunehmender Protektionismus, Autoritarismus und Populismus, stellen die politische Ordnung und die Perspektive wirtschaftspolitischen Wohlstands infrage. Damit steht die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft mit ihrer Verbindung aus Demokratie, Marktwirtschaft und Sozialstaat vor neuen Bewährungsproben. Ein Wirtschaftssystem, das auf stabilen Grundlagen fußt und überzeugende Antworten findet, wird Zukunft haben, weil es längerfristig bessere Marktergebnisse liefert und die Bevölkerung dies anerkennt.

Eine dieser Antworten spielt sich vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung unserer Gesellschaft ab. Hier stellen sich Fragen der Gründerdynamik und des Unternehmertums, der Innovationsfähigkeit und der Bereitstellung unserer digitalen Infrastruktur. Der wertschöpfende Beitrag der Digitalisierung bietet eine große Chance – vor allem, weil sie von allen gleichermaßen genutzt werden kann. Gleichzeitig stellt sie jedoch die etablierten Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten infrage. Ansatzpunkte zur konkreten Ausgestaltung dieser Gedanken bieten sich in der Befassung mit den Themen Digitalisierung und Wohlstand aus dem speziellen Blickwinkel unserer Arbeit sowie in der Stärkung von Gründerkultur und Unternehmertum. Dabei wurden verschiedene Akzente gesetzt: Gründerkultur, Arbeitsmarktpolitik, Netz- und Datenpolitik.

Arbeitsmarktordnung in der digitalisierten Welt

Weite Bereiche unseres Lebens werden digital erfasst. Daten werden zur Ressource der Zukunft. Ihr Wert für die Gesellschaft wird mehr und mehr erkannt. Digitale Innovationen treiben eine Zeitenwende voran: Flexibilität, schnelle Anpassungsfähigkeit und höhere Effizienz gewinnen zusätzlich an Bedeutung. Diese Entwicklung wirkt sich auf verschiedene Bereiche unserer Arbeitsmarkt- und Sozialordnung aus: Das traditionelle Verhältnis zwischen einem Arbeitnehmer und einem Arbeitgeber (Festanstellung) wird durch neue Formen ergänzt. Die Art, wie die Arbeit in Start-ups und etablierten Unternehmen durchgeführt wird, gestaltet sich vielfältiger: Arbeitsort und -zeit können flexibler gestaltet werden. Gleichzeitig ändern sich die Tätigkeitsfelder vieler Berufe und dadurch die Anforderungen an die Fähigkeiten der Arbeitnehmer.

Der Mittelstand ist für mehr als die Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistung verantwortlich. Die Digitalisierung gibt dem Unternehmertum neue Impulse. In scheinbarem Kontrast dazu steht das dynamische Umfeld der innovativen Start-ups mit beschleunigten Wachstumsraten einerseits und deren möglicher Übernahme nach nur wenigen Jahren andererseits. Das Spannungsfeld der Kulturen von Old und New Economy wird die Wirtschaftspolitik beeinflussen. Der künftige Wohlstand wird außerdem davon abhängen, dass anpassungsfähige Rahmenbedingungen das Mit- und Füreinander zwischen beiden Welten fördern und das Gründen und Entwickeln unternehmerischer Ideen erleichtern.

Im Einzelnen hat die Konrad-Adenauer-Stiftung 2016 in ihrer Arbeit mehrere Akzente gesetzt: In einer Studie wurde die Digitalisierung ordnungs-

politisch vermessen und in das bestehende Regelwerk eingeordnet. Möglichkeiten der Gründerpolitik wurden mit vielfältigen Publikationen und Veranstaltungen sowie der Initiative Entrepreneurship konkretisiert. Das Gründernetzwerk der Altstipendiaten gab wichtige Impulse beim Austausch zwischen den Vertretern von Politik und dem Start-up-Ökosystem.

Dateninfrastruktur für den Wohlstand von morgen

Die offenen Daten und deren wirtschaftliche Potenziale für Start-ups bildeten einen weiteren Schwerpunkt. Unsere Beratungsprodukte förderten den Open-Data- und -Government-Gedanken als Angelegenheit von grundsätzlicher politischer und unternehmerischer Bedeutung. Es wurden konkrete Konzepte für eine effiziente Verwaltung vorgelegt und Vorteile für eine offene Regierungsführung aufgezeigt. Im Anschluss an die Untersuchung der volkswirtschaftlichen Potenziale von Open Data gab die Stiftung konkrete gesetzgeberische Empfehlungen, wie diese zu erzielen sind.

Die Tatsache, dass unsere Netzinfrastruktur begrenzte Kapazität bietet und massive Investitionen erfordert, prägte unsere Beteiligung in der Netzneutralitätsdebatte. Die Gewährleistung des offenen Internets ist genauso wichtig wie die Sicherstellung des Innovationspotenzials Europas bei der Gestaltung der digitalen Infrastruktur. Mit unserer erstmaligen Beteiligung an einer EU-Konsultation befürworten wir Marktergebnisse, die unserer Vorstellung der Sozialen Marktwirtschaft entsprechen. Das heißt: Die verfügbaren und die neu zu schaffenden Netzressourcen müssen effektiv und auf die beste Art und Weise im Rahmen einer eindeutig definierten Ordnungspolitik verwendet werden.

Die Unterscheidung in städtische Modernisierungsgewinner und ländliche Modernisierungsverlierer greift zu kurz. Es lohnt sich, die konkrete Situation zu betrachten.

STADT UND LAND

Stephan Raabe | Philipp Lerch

Das Thema Stadt und Land erobert seit geraumer Zeit die Titelseiten großer Zeitschriften. Dahinter verbirgt sich die verbreitete Sorge, dass Deutschland auseinanderdriften könnte: auf der einen Seite städtische Ballungsräume, die boomen, ja geradezu aus allen Nähten platzen; auf der anderen Seite manche ländliche Region, die von Auszehrung bedroht und von Entwicklungen abgehängt wird. Im Osten heißt es bisweilen etwas frustriert, dass mancher entvölkerte Landstrich demnächst „dem Wolf überlassen“ werden könne.

Durch diese Entwicklung, die mit Fragen der Bevölkerungsentwicklung wie auch mit Wanderungsbewegungen (Zuwanderung, Landflucht, Urbanisierung) zusammenhängt, entstehen langfristige Struktur- und Integrationsprobleme, die besonderer politischer Aufmerksamkeit bedürfen. Das Bemühen um die

Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands wird auf die Probe gestellt. Es gilt, neben den klassischen Problemen von Arm und Reich, Jung und Alt oder Ost und West das Entstehen eines weiteren sozialen Spannungsfeldes Stadt und Land zu vermeiden. Es geht darum, aus vorhandenen Krisenphänomenen produktive Impulse zu entwickeln, damit einzelne Bevölkerungsteile sich nicht „abgehängt“ fühlen, sich politisch abwenden oder Randgruppen zuwenden.

Stadt und Land bedingen einander

Deshalb hat sich die Konrad-Adenauer-Stiftung 2015/16 mit einem jahresübergreifenden Aktionspaket den Aspekten und Dimensionen von Stadt und Land gewidmet. Stadt und Land bilden keinen

strikten Gegensatz, sondern sind Einheiten im Wandel, die in vielfältiger Weise zusammenhängen und aufeinander bezogen sind. Dabei reicht die Bandbreite von dünn besiedelten peripheren Gebieten bis hin zu hochverdichteten Metropolen und Stadtregionen mit weiten ländlichen Einzugsgebieten. So unterschiedlich die konkreten Verhältnisse jeweils vor Ort sind, so verschiedenartig müssen auch die politischen Ansätze sein.

Zu fragen ist etwa: Wie entwickeln sich die verschiedenen Räume in Bezug auf Städte und ländliche Gebiete? Welche Rolle spielen Infra- und Bevölkerungsstruktur, Verkehrsverbindungen, Qualität von Politik und Verwaltung, Beschäftigungsmöglichkeiten, Sicherheit, bürgerschaftliches Engagement und lokale Identität? Wie können Konzepte für eine wirkungsvolle und finanzierbare Daseinsvorsorge aussehen? Können Demografie- und Zuwanderungsstrategien Lösungen bieten? Vor welchen Herausforderungen stehen die Parteien und die kommunale Selbstverwaltung vor Ort?

Stadtlust und Landfrust?

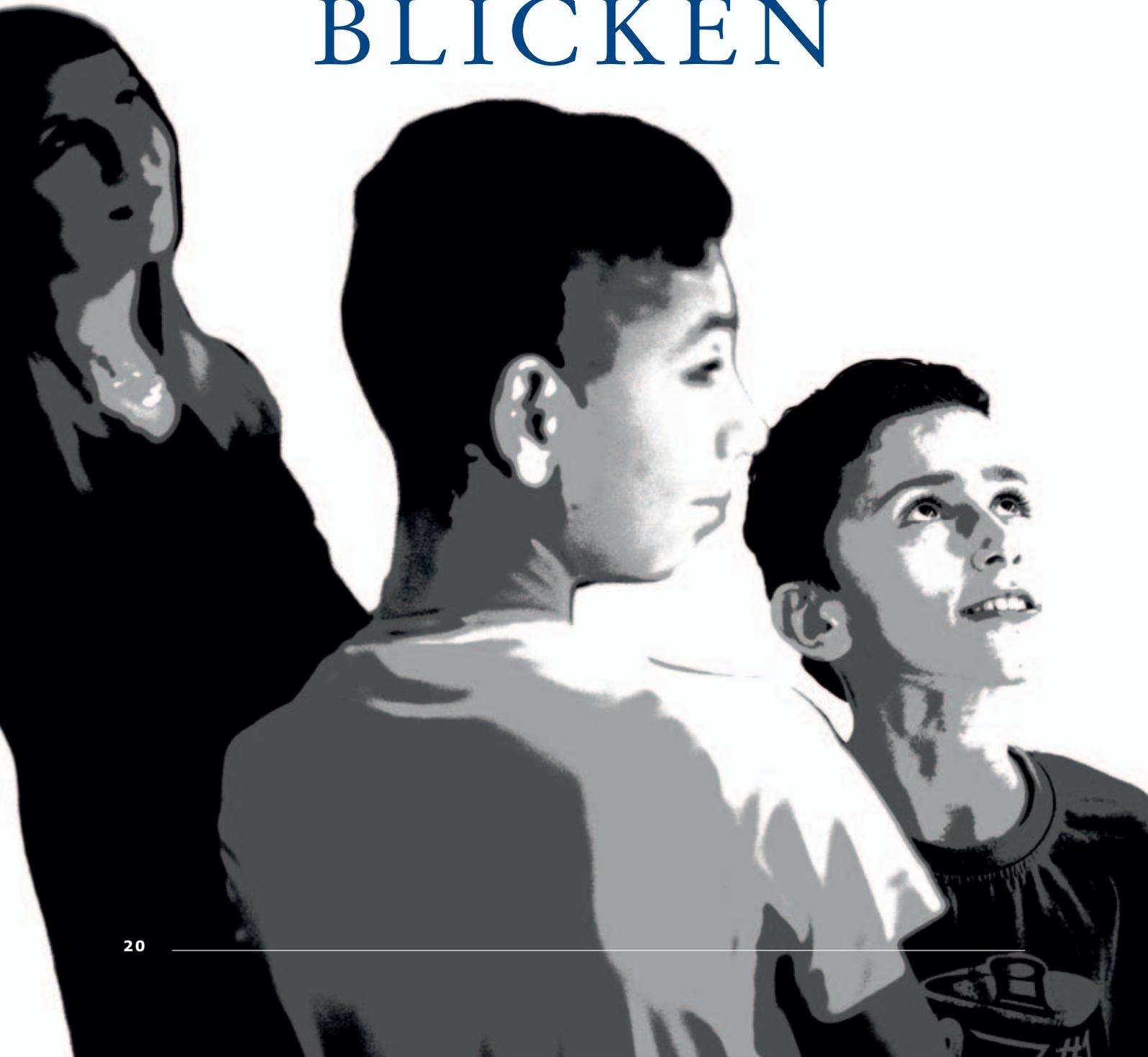
Nicht nur die Entgegensetzung von Stadt und Land, auch die pauschale Einsortierung in städtische Modernisierungsgewinner und ländliche Modernisierungsverlierer greift zu kurz. Wer näher hinschaut, nimmt Unterschiede wahr, zwischen verschiedenen Landstrichen, zwischen dieser und jener Stadt sowie differenzierte Übergänge von Stadt und Land. Es gibt sowohl von Auszehrung betroffene Städte als auch prosperierende ländliche Regionen.

Es lohnt sich, im jeweiligen konkreten Fall genau zu prüfen, wie zielführend der in ländlichen Regionen

häufig eingeschlagene Weg der Zentralisierung, etwa in Form von Gebiets- und Verwaltungsstruktur-reformen, ist. Kann eine mögliche Kosteneffizienz tatsächlich längere Wege, erschwertes kommunalpolitisches Engagement und strukturelle Ausdünnungen kompensieren? Können nicht auch durchdachte Regionalisierungsmaßnahmen, die subsidiäre Delegation von Aufgaben, die Stärkung der Selbstverwaltung von Gemeinden und Kreisen sowie eine funktionale Kooperation sinnvolle Alternativen für ländliche, strukturschwache Regionen sein? Nicht zuletzt kommt der Digitalisierung mit ihren Möglichkeiten der Anbindung, Integration und Überwindung von Distanz bei der Gestaltung von stadtfernen Zukunftsräumen eine zentrale Rolle zu. Es stellt sich zudem die Frage, ob die „pro Kopf“ bezogenen Finanzaufwendungen an Kommunen dem Erhalt der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen noch überall gerecht werden.

In einer bundesweiten Vielzahl von Veranstaltungen und Projekten, in Fachgesprächen, Foren und Workshops zu Strategien in Stadt und Land, beim Kommunalkongress „Heimat bilden“ in Erfurt, in der Themenreihe „Zukunft der Stadt – Stadt der Zukunft“ u. a. in Hamburg und Berlin sowie auf einer Transformationskonferenz zur „Zukunft des Dorfes“ in Niedersachsen haben die Politischen Bildungsforen in den Bundesländern und die Kommunal-Akademie der Stiftung das Thema in viele Städte und auf das Land getragen. Beispielhafte Initiativen und neue Ideen kamen ebenso zur Sprache wie grundsätzliche Fragen und konkrete Strategien. Die Handreichung zur Politischen Bildung „Europa vor Ort. Kommunen, Bürgerschaft, Förderprojekte“ stellt das Thema in den europäischen Kontext. Das Arbeitspapier „Stadt und Land – Zeit für neue Ideen“ beschreibt Hintergründe und Entwicklungstrends.

MUTIG NACH VORN BLICKEN



WIR ÜBER UNS

Wir sind eine politische Stiftung, die bundesweit in 18 Politischen Bildungsforen und Regionalbüros aktiv ist. Rund 100 Auslandsbüros betreuen weltweit Projekte in mehr als 120 Ländern. Unser Sitz ist in Sankt Augustin bei Bonn und in Berlin.

Konrad Adenauer und seine Grundsätze sind für uns Leitlinien, Auftrag und Verpflichtung. Die Stiftung trägt seit 1964 den Namen des ersten Bundeskanzlers. Sie ging aus der bereits 1955 gegründeten Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit hervor.

National und international setzen wir uns durch politische Bildung für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit ein. Die Festigung der Demokratie, die Förderung der europäischen Einigung, die Intensivierung der transatlantischen Beziehungen und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit sind unsere besonderen Anliegen. Als Grundlage für politisches Handeln erarbeiten wir wissenschaftliche Analysen. Die Akademie der Stiftung in Berlin ist das Forum für den Dialog über zukunftsrelevante Fragen zwischen Politik, Wirtschaft, Kirche, Gesellschaft und Wissenschaft.

Auf Tagungen und Kongressen bringen wir Leute zusammen, die „etwas zu sagen haben“. Zu unseren rund 2.500 Veranstaltungen allein in Deutschland kommen pro Jahr etwa 145.000 Menschen. Begabte

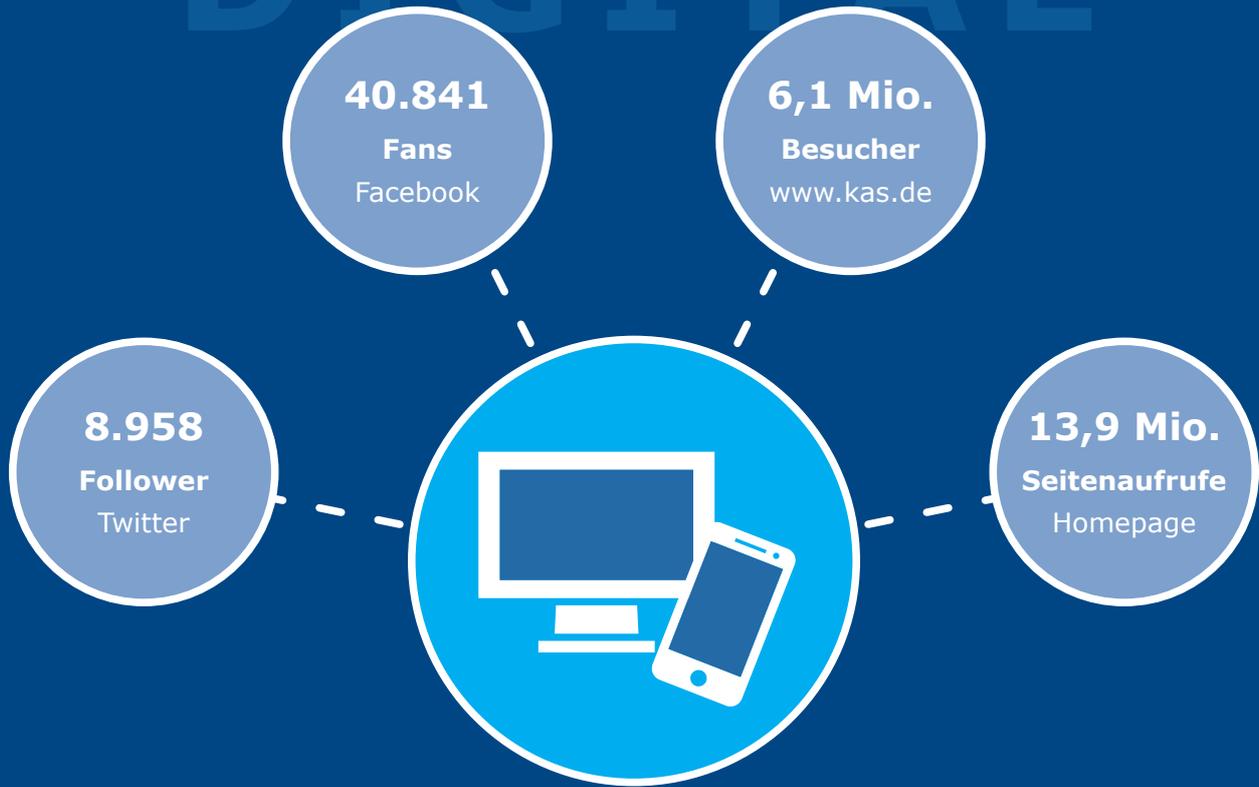
junge Menschen, nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Mittel- und Osteuropa sowie aus den Entwicklungsländern fördern wir ideell und materiell.

Engen Kontakt halten wir zu ehemaligen Stipendiaten – inzwischen mehr als 13.500.

Ausstellungen, Lesungen und Preise ergänzen unser Angebot. Wir unterstützen künstlerischen Nachwuchs und verleihen alljährlich unseren renommierten Literaturpreis. Junge Journalisten fördern wir in speziellen Projekten. Einen eigenen Lokaljournalistenpreis vergeben wir seit 1980. Der „Preis Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung“ ehrt seit 2002 Persönlichkeiten, die sich für Erhalt und Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in herausragender Weise eingesetzt haben. In unserem DenkT@g-Wettbewerb prämiieren wir seit 2001 Internetpräsentationen, in denen sich Jugendliche mit der NS-Diktatur und dem Holocaust sowie aktuellen Fragen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Gewalt auseinandersetzen.

Die Geschichte der Christlichen Demokratie in Deutschland und Europa erschließt und erforscht das Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Dem Benutzer stehen umfangreiche Schriftgutbestände, moderne Medien und eine Spezialbibliothek mit rund 200.000 Titeln zu Politik und Zeitgeschichte zur Verfügung.

DIGITAL

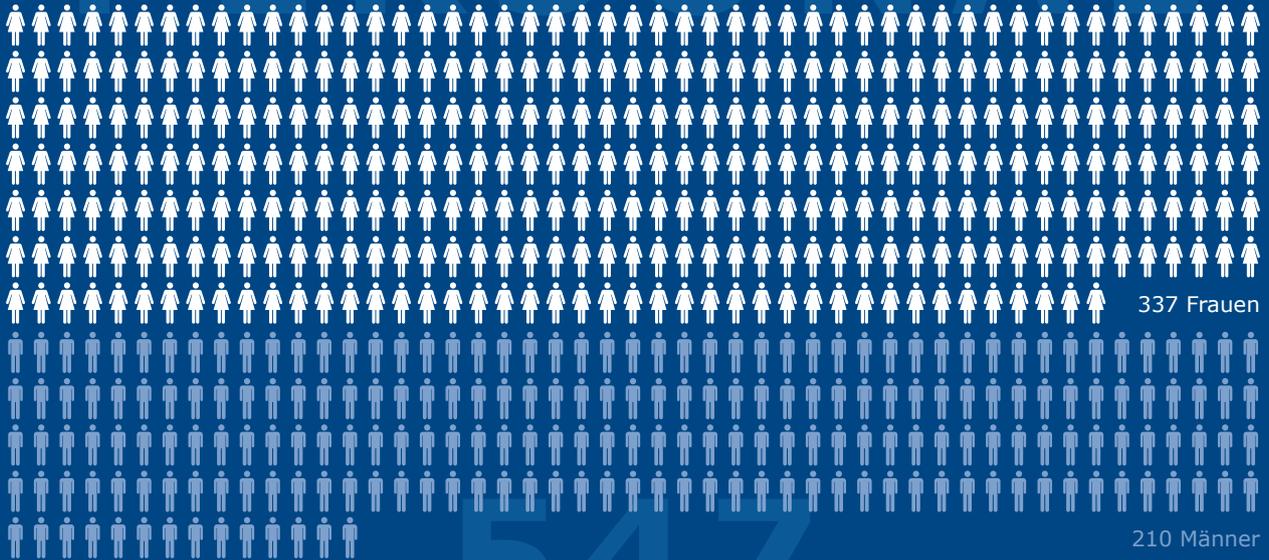


95 Interviews

von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern



PERSONAL



Durchschnittliches Alter



Personal Ausland

87

Ortskräfte Ausland

525

Trainees Ausland

11

Durchschnittliche Betriebszugehörigkeit



Förderer im Freundeskreis

1.569

Literaturpreis

Michael Kleeberg erhielt im Juni in Weimar den Literaturpreis der Stiftung. Seine literarische Meisterschaft liege in „eleganten wie eindringlichen Gesellschafts-porträts unserer Gegenwart“, begründete die Jury ihre Entscheidung. Kleebergs Romane bezeichnete Laudator Jürgen Flimm, Intendant der Deutschen Staatsoper Berlin, als außergewöhnlich, weil sie von politischen und sozialen Sachverhalten mit Humor, aber zugleich mit Blick für den Ernst der Lage Europas erzählten. Der Autor beleuchtete in seiner Dankesrede Zumutungen und Chancen des Literaturbetriebs und warnte davor, Kunst zu instrumentalisieren.

→ www.kas.de/literaturpreis

Preis Soziale Marktwirtschaft

Im Oktober erhielt Brigitte Vöster-Alber in der Frankfurter Paulskirche den Preis Soziale Marktwirtschaft. Die geschäftsführende Gesellschafterin der Fa. GEZE in Leonberg verkörpert unternehmerische Innovations- und Schaffenskraft und große persönliche wie gesellschaftliche Verantwortung. Ihr Familienunternehmen fertigt in fünfter Generation Spitzentechnologie für den Weltmarkt. Festredner Professor Dirk Zupancic, Privatdozent für Unternehmensstrategie, und Laudatorin Nicole Hoffmeister-Kraut, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg, würdigten die Preisträgerin.

→ www.kas.de/preis-soziale-marktwirtschaft

Deutscher Lokaljournalistenpreis

Sieger 2015 war das Projekt „Ambulant operieren. So zufrieden sind Patienten in Sachsen“. Erstmals prämierte die Jury eine Gemeinschaftsarbeit von drei Regionalzeitungen, die sich zuvor gegen mehr als 500 Mitbewerber durchgesetzt hatte. Die Freie Presse/Sächsische Zeitung/Leipziger Volkszeitung hatten die bis dahin größte Umfrage zur Patientenzufriedenheit bei ambulanten Operationen durchgeführt. Um Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit zu gewährleisten, verzichteten sie bei der Veröffentlichung auf Werbung. „Eine beeindruckende Zusammenarbeit“, erklärte der Stiftungsvorsitzende Hans-Gert Pöttering beim Festakt im Oktober 2016 in Chemnitz.

→ www.kas.de/lokaljournalistenpreis

DenkT@g

In Anwesenheit des Schirmherren und Bundestagspräsidenten Professor Norbert Lammert zeichnete die Konrad-Adenauer-Stiftung zum 9. Mal die Gewinner ihres DenkT@g-Wettbewerbs aus. Mit kreativ-medialen Beiträgen zur NS-Diktatur oder zu Fremdenfeindlichkeit nahmen bundesweit über 50 Gruppen an dem Jugendwettbewerb der Stiftung teil, 13 von ihnen kamen zur Preisverleihung nach Berlin. Den ersten Platz errangen Paul Hartmann und Felix Wolf. Sie überzeugten mit der Webseite „Karls Eschwege“, die den fiktiven biografischen Stadtrundgang eines jüdischen Bürgers in den 1930er Jahren beschreibt.

→ www.kas.de/denktag

KOMPETENZEN STÄRKEN



INTERNATIONALE UND EUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT

Die Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit (EIZ) leistet im In- und Ausland einen Beitrag zur Durchsetzung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen in der Welt. Vorrangige Ziele unserer internationalen Arbeit sind die Förderung der europäischen Einigung und die Festigung der transatlantischen Beziehungen, die Stärkung demokratischer politischer Parteien und das Werben für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, die Bewahrung der Schöpfung und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Die global zunehmenden Werte- und Systemkonflikte beeinflussten 2016 verstärkt die weltweite Stiftungsarbeit. Intensiv beschäftigten neben anderen entwicklungs- und sicherheitspolitischen Fragestellungen die Themen Flucht und Migration, der anhaltende Krieg in Syrien, die Gefahr durch den internationalen Terrorismus, Russlands neoimperiale Politik, der Friedensprozess in Kolumbien, Chinas regionale und internationale Rolle, aber auch die Entscheidung für den Brexit und die US-Präsidentchaftswahlen die über hundert Auslandsbüros und die Inlandsabteilungen des EIZ.

www.kas.de/eiz

104

Unsere **Auslandsbüros**
weltweit

34

Europa und
Nordamerika

22

Asien und Pazifik

13

Naher Osten
und Nordafrika

17

Lateinamerika

18

Subsahara-Afrika



Veranstaltungen weltweit

5.087

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

478.238

EIZ-Projekte wurden in

127

Ländern implementiert

149.041

Fans
Facebook

16.784

Follower
Twitter

POLITIK UND BERATUNG

Eigene Studien, kurze Beratungspapiere und gezielte Fachgespräche stehen für die Hauptabteilung Politik und Beratung im Vordergrund. Sie liefert Analysen und Hintergrundwissen zur Rationalisierung politischer Entscheidungsprozesse. Erkenntnisse aus Europa und der Welt fließen ein.

Zugleich ist Politik und Beratung die Grundsatzabteilung zu Kernthemen, die für die Stiftung identitätsstiftend sind: Soziale Marktwirtschaft, Religion und Wertorientierung und Politische Parteien.

Schwerpunkte waren 2016 unter anderem die Integration und Partizipation von Zuwanderern sowie ein Vergleich integrationspolitischer Ansätze in Europa. Unter dem Stichwort Digitalisierung ging es um das Potenzial von Open Data, Herausforderungen für die Arbeitswelt sowie um Mediendemokratie und digitale Meinungsbildung. Darüber hinaus standen Bildungsgerechtigkeit und die Zukunft des Hochschulsystems im Fokus. Nicht zuletzt spielten auch der Umgang mit Populismus und die Stärkung der Grundpfeiler unserer repräsentativen Ordnung eine wichtige Rolle.

www.kas.de/pub



Veranstaltungen

25

Expertengespräche

32



Publikation

„Die bessere Demokratie. Grundsätze für eine repräsentative Ordnung“
Gesamtauflage

27.000

Erschienen auf
Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch



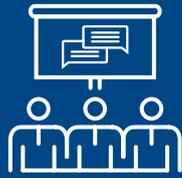
POLITISCHE BILDUNG

Politische Bildung ist die Kernaufgabe der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ihr Hauptziel ist und bleibt es, Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Mitwirkung in der Demokratie zu befähigen. Das gilt gerade in Zeiten, in denen eine Vielzahl von Themen die Menschen in schneller Abfolge emotional bewegen und fordern. Die Vermittlung demokratischer Grundlagen ist genauso zentral wie Chancen auf Austausch und offene Debatten.

Für eine wirkungsvolle Politische Bildung greifen wir auf eine breite Palette innovativer und diskursiver Formate zurück. Zentral sind mehrtägige Seminare und Workshops, die gut die Hälfte aller Veranstaltungen ausmachen.

Mit dem Adenauer Campus – der Anlaufstelle für politische Online-Bildung – konnten wir gerade bei jungen Menschen unsere Reichweite deutlich erhöhen. Mit einer Vielzahl an neuen Social-Media-Aktivitäten und Online-Veranstaltungen sind die Klickzahlen 2016 deutlich in die Höhe gegangen. Die Themenwelt Soziale Marktwirtschaft ist dabei am häufigsten genutzt worden.

www.kas.de/politische-bildung



Veranstaltungen

1.553

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

96.139

Kampf gegen Extremismus

18.709

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

**Engagement für Gesellschaft
und (Kommunal-)Politik**

10.010

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Zielgruppe „Junge Menschen“

32.127

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

13.653

Fans

Facebook

**Interesse an den Themenwelten im Adenauer Campus
(nach Klicks in Prozent)**



Soziale Marktwirtschaft

39,0



Politische Kommunikation

20,3



Kommunalpolitik

12,1



Ehrenamt

11,5



Europa

8,9



Flucht und Integration

8,2

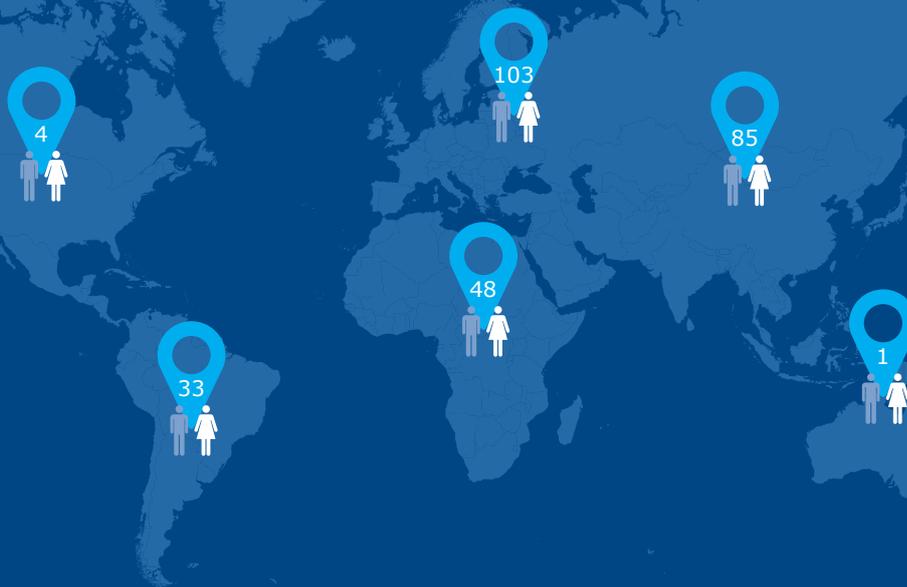
BEGABTENFÖRDERUNG UND KULTUR

2016 war ein Jahr heißer politischer Diskussionen unter den Stipendiatinnen und Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung. Auf vielfältige Weise wurde in den Hochschulgruppen und Seminaren der Begabtenförderung der Frage nachgegangen, was uns prägt und was uns eint: ob in den Begegnungsseminaren „Who are we in Europe?“ in Lettland, Ungarn, Italien und Frankreich, ob in Inlandsseminaren, die nach der Bindekraft unserer repräsentativen Demokratie und der freiheitlichen Gesellschaft fragten, ob in Abschlussseminaren zum Thema „Führung und Verantwortung“ oder vor Ort, wo die Flüchtlingspolitik vielfach diskutiert wurde. Die multimedialen Ergebnisse der Seminare der Journalistischen Nachwuchsförderung haben wir auf der Plattform jonamag.de veröffentlicht. Bemerkenswert ist, dass sich unsere ausländischen Stipendiaten alle zu einem Netzwerk (NIS) zusammengeschlossen haben.

Die Kulturabteilung hat wiederum glänzende Namen in den Mittelpunkt gerückt: die Geigerin Anne-Sophie Mutter (mit einer Hommage), die bildende Künstlerin Natalia Stachon (mit der EHF-Soloausstellung) und den Schriftsteller Michael Kleeberg (Literaturpreis).

www.kas.de/begabtenfoerderung

Herkunftscontinente
der Geförderten im Ausland



Altstipendiatinnen und Altstipendiaten

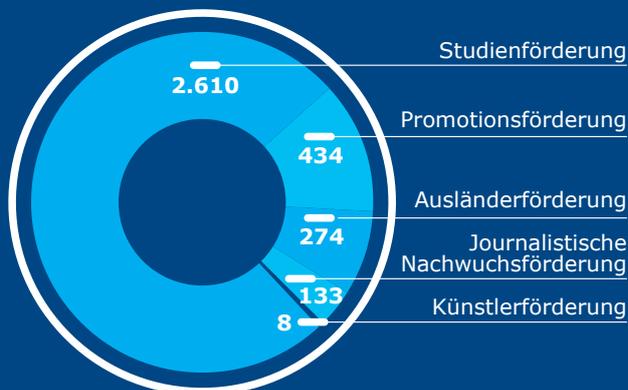
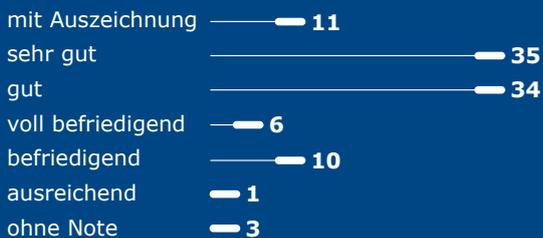
13.535

Stipendiatinnen und Stipendiaten gesamt

3.459

Examensstatistik

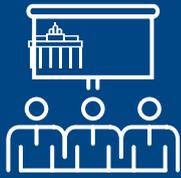
der Deutschen Studienförderung (in Prozent)



AKADEMIE

Die Akademie ist das bundesweite Forum der Konrad-Adenauer-Stiftung für den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Sie setzt Akzente mit Symposien, Konferenzen, Expertentagungen und Ausstellungen, greift aktuelle gesellschaftspolitische Fragen auf, verbindet die Debatte von Zukunftsthemen mit der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und fördert die Idee einer aktiven Bürgergesellschaft. Das Jahresmotiv „Was uns prägt – Was uns eint“ wurde in profilierten Veranstaltungsreihen und ausgewählten Einzelveranstaltungen, aber auch in kreativen Formaten wie etwa im Rahmen der Jungen Akademie umgesetzt. Migration und Integration, Europa sowie die Zukunft der wachsenden Stadt bildeten weitere thematische Schwerpunkte der Akademie, zu der auch das Politische Bildungsforum Berlin gehört. Es bietet Bürgerinnen und Bürgern der Hauptstadt vielfältige Möglichkeiten, sich über wichtige Zeitfragen zu informieren und für die Übernahme von Verantwortung in der Gesellschaft fit zu machen.

www.kas.de/akademie



Veranstaltungen

231

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

15.681

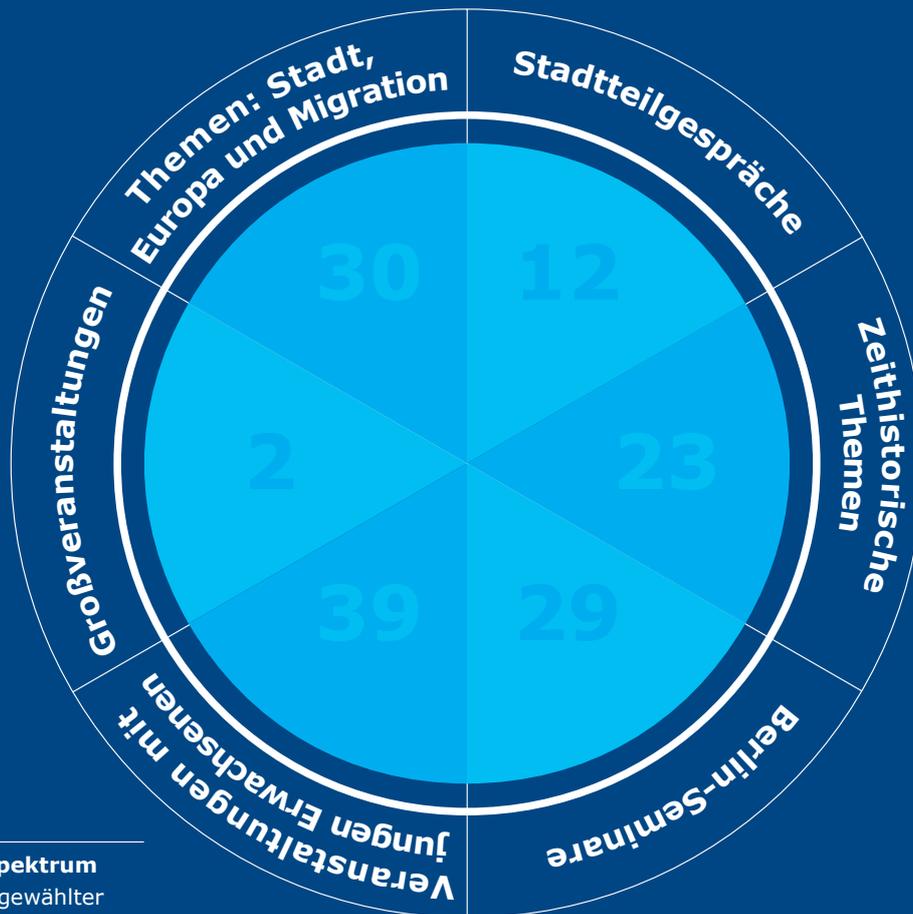


Besucherguppen

51

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

2.206



Themenspektrum
Anzahl ausgewählter
Veranstaltungen

WISSENSCHAFTLICHE DIENSTE/ ARCHIV FÜR CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE POLITIK

Archivalien und Schlüsseldokumente der Christlichen Demokratie zusammenzutragen, sie Nutzern zur Verfügung zu stellen, wissenschaftliche Forschungen zu fördern, ihre Ergebnisse zu veröffentlichen und eine Bibliothek mit diesem thematischen Schwerpunkt zu pflegen – das sind die Kernaufgaben der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik (WD/ACDP). Damit verfügt die Konrad-Adenauer-Stiftung über ein einzigartiges Archiv und wissenschaftliches Dokumentationszentrum zur Erforschung der christlich-demokratischen Bewegung in Deutschland und Europa. Es führt eigene Forschungs- und Editionsprojekte zu Politik und Geschichte durch, koordiniert und regt Forschungsarbeiten mit Hochschullehrern und Studierenden an, veranstaltet Tagungen und Kolloquien zu aktuellen und zeitgeschichtlichen Themen und macht seine Arbeitsergebnisse in Publikationen, Ausstellungen und Internetportalen der Öffentlichkeit zugänglich. Servicedienste leisten das Archiv, die Bibliothek und das Medienarchiv mit ihren wissenschaftlichen und thematischen Recherchen für in- und ausländische Interessenten sowie für die anderen Hauptabteilungen der Stiftung.

www.kas.de/acdp



2.900

Archivalien im Lesesaal bereitgestellt



9.000

Reproduktionen erstellt



300

Laufende Meter akquirierter Akten

www.konrad-adenauer.de

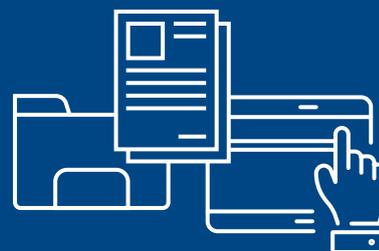


Besucherinnen und Besucher pro Tag

600

Seitenaufrufe pro Tag

1.100



3.700

Neue Medieneinheiten in der Bibliothek

AKTIVA	31.12.2015 €	31.12.2014 Tsd. €
A. Anlagevermögen		
▪ Immaterielle Vermögensgegenstände, gel. Anzahlungen	254.811,60	203
▪ Sachanlagen	21.573.391,36	28.537
▪ Finanzanlagen	12.332.373,63	12.661
B. Sondervermögen	6.573.542,99	6.621
C. Umlaufvermögen		
▪ Vorräte	44.499,03	36
▪ Andere Gegenstände des Umlaufvermögens	4.383.503,86	4.884
▪ Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	15.934.799,34	13.397
D. Rechnungsabgrenzungsposten	222.303,03	242
Bilanzsumme	61.319.224,84	66.581

PASSIVA	31.12.2015 €	31.12.2014 Tsd. €
A. Eigene Mittel	5.242.119,41	5.191
B. Rücklagen	1.098.584,57	549
C. Zweckgebundene Fonds	1.908.271,91	1.836
D. Zuschüsse zur Anlagenfinanzierung	33.880.053,17	41.106
E. Andere Verbindlichkeiten	12.161.149,78	10.295
F. Rechnungsabgrenzungsposten	7.029.046,00	7.603
Bilanzsumme	61.319.224,84	66.581

*Dieser Jahresabschluss wurde von der ETL AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und bescheinigt.
Die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. veröffentlicht ihre Vermögensrechnung, die Ertrags-/Aufwandsrechnung sowie den
vollständigen Text des Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer auch im Geschäftsbericht der Stiftung sowie im
elektronischen Bundesanzeiger im Internet (www.ebundesanzeiger.de).*

VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2015	2015 €	2014 Tsd. €
Zuwendungen und Zuschüsse		
▪ Zuwendungen des Bundes	147.439.581,07	138.467
▪ Zuwendungen der Länder und Kommunen	2.599.561,79	2.429
▪ Sonstige Zuwendungen	4.930.493,45	3.876
	154.969.636,31	144.772
Erträge aus Fonds	557.272,90	748
Spenden	739.439,48	327
Teilnehmergebühren	1.932.933,16	2.096
Andere Einnahmen	1.974.653,99	1.673
Projektausgaben		
▪ Internationale Zusammenarbeit	81.938.134,07	72.951
▪ Förderung von Studenten und Graduierten	22.836.393,78	22.817
▪ Kongresse, Tagungen und Seminare	6.016.111,90	5.712
▪ Ausstellungen und Publikationen	1.605.642,98	1.126
▪ Forschungsausgaben	285.127,21	531
▪ Sonstige Projektausgaben	1.531.867,94	818
	114.213.277,88	103.955
Ausgaben Fonds	407.102,08	482
Personalausgaben	32.491.171,31	30.177
Sächliche Verwaltungsausgaben	10.739.272,37	9.268
Ausgaben für Investitionen und sonstige Finanzierungen	712.261,60	4.569
Zuwendungen an andere Stiftungen	931.000,00	941
Übrige Ausgaben	97.808,52	1.237
Abschreibungen auf Sachanlagen	13.503,00	30
Ergebnis der Ertrags-/Aufwandsrechnung	568.539,08	-1.041
Entnahmen aus Rücklagen	15.386,46	83
Einstellung in Rücklagen	562.022,63	86
Ergebnis der Vermögensrechnung	21.902,91	-1.045

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 veröffentlichen wir in Ergänzung des vorstehenden Jahresabschlusses noch folgende Daten für das Geschäftsjahr 2015:

Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr

	Stand 31.12.2015	Stand 31.12.2014
Mitarbeiter Inland	521	489
Mitarbeiter Ausland	101	92
insgesamt	622	581
Auszubildende	16	17

Zahl und Art der Führungsfunktionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierung oder der Bundes- oder LandesparteiVorstände oder des Europäischen Parlaments besetzt waren:

**Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung
Von insgesamt 23 Mitgliedern*
(22 Mitglieder, 1 Ehrenvorsitzender) sind:**

- 1 Bundeskanzlerin
- 1 Präsident des Deutschen Bundestages
- 8 Mitglieder des Deutschen Bundestages
- 6 Mitglieder des BundesparteiVorstandes
- 15 ohne andere Führungsfunktionen

* Einige Mitglieder nehmen mehrere Führungsfunktionen wahr.

GESAMTÜBERSICHT DER ZU ERWARTENDEN EINNAHMEN UND VORAUSSICHTLICHEN AUSGABEN

EINNAHMEN	2017 (Soll)* Tsd. €	2016 (Soll) Tsd. €
Zuwendungen und Zuschüsse		
▪ Bund	166.276	154.299
▪ Länder	2.601	2.603
▪ Sonstige	2.351	4.119
	171.228	161.021
Fonds / Spenden	425	434
Teilnehmergebühren	1.457	1.487
Sonstige Einnahmen	728	690
Einnahmen Gesamt	173.838	163.632

AUSGABEN	2017 (Soll)* Tsd. €	2016 (Soll) Tsd. €
Projektausgaben		
▪ Förderung von Studenten und Graduierten	25.188	23.757
▪ Tagungen und Seminare	5.360	5.504
▪ Internationale Zusammenarbeit	87.491	82.284
▪ Veröffentlichungen / Ausstellungen	1.201	1.508
▪ Forschungsprojekte	189	412
▪ Förderung von Kunst und Kultur	346	401
▪ Sonstige Projektausgaben	720	517
	120.495	114.383
Personalausgaben (Inland)	36.674	33.676
Sächliche Verwaltungsausgaben		
▪ Geschäftsbedarf	2.625	2.655
▪ Gebäudeaufwand	5.036	4.880
▪ Sonstige Verwaltungsausgaben	3.240	3.482
▪ Verkaufswaren	1	1
	10.902	11.018
Übrige Ausgaben	2.655	2.596
Ausgaben für Investitionen	3.112	1.959
Ausgaben Gesamt	173.838	163.632

*) Haushalt 2016, Stand vom 1. August 2016

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich-Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft abzulegen. Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser Gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

www.kas.de/gemeinsame_erklaerung

VORSITZENDER

Dr. Hans-Gert Pöttering

Präsident des Europäischen Parlaments a. D.

EHRENVORSITZENDER

Prof. Dr. Bernhard Vogel

Ministerpräsident a. D.

STELLVERTRETENDE

VORSITZENDE

Prof. Dr. Norbert Lammert MdB

Präsident des Deutschen Bundestages

Prof. Dr. Beate Neuss

*Professorin für Internationale Politik
an der TU Chemnitz*

Hildigund Neubert

Staatssekretärin a. D.

SCHATZMEISTER

Dr. Franz Schoser

GENERALSEKRETÄR

Michael Thielen

VORSTANDSMITGLIEDER

Dieter Althaus (kooptiert)

Ministerpräsident a. D.

Peter Altmaier MdB (kooptiert)

*Chef des Bundeskanzleramtes und
Bundesminister für besondere Aufgaben*

Otto Bernhardt

Vorsitzender der Hermann-Ehlers-Stiftung

Hermann Gröhe MdB

Bundesminister für Gesundheit

**Michael Grosse-Brömer MdB
(kooptiert)**

*Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen
Bundestag*

Volker Kauder MdB

*Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-
Fraktion im Deutschen Bundestag*

Dr. Helmut Kohl †

Bundeskanzler a. D.

Dr. Hermann Kues

Parlamentarischer Staatssekretär a. D.

Dr. Angela Merkel MdB

*Bundeskanzlerin,
Vorsitzende der CDU Deutschlands*

Hildegard Müller

*Vorstand Netz und Infrastruktur
der innogy SE*

Anton Pfeifer

Staatsminister a. D.

Prof. Dr. Andreas Rödder

*Professor für Neueste Geschichte an der
Johannes Gutenberg-Universität Mainz*

Dr. Jürgen Rüttgers

Ministerpräsident a. D.

Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz †

*Ehemaliger Direktor des Seminars für
Politische Wissenschaft der Rheinischen
Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*

Dr. Peter Tauber MdB

Generalsekretär der CDU Deutschlands

Stand: 31. Dezember 2016

Dr. Patrick Adenauer
Unternehmer

Otto Bernhardt
Vorsitzender der
Hermann-Ehlers-Stiftung e.V.

Elmar Brok MdEP
Vorsitzender des Ausschusses für
Auswärtige Angelegenheiten des
Europäischen Parlaments

Emine Demirbükten-Wegner
Staatssekretärin für Gesundheit a. D.

Eberhard Diepgen
Regierender Bürgermeister a. D.

Werner Steffen Flath
Ehemaliger Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Sächsischen Landtag

Michael Gahler MdEP
Stellvertretender Vorsitzender der CDU/
CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Dr. Reinhard Göhner
Hauptgeschäftsführer der Bundes-
vereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände (BDA)

Tanja Gönner
Vorstandssprecherin der Gesellschaft
für Internationale Zusammenarbeit

Hermann Gröhe MdB
Bundesminister für Gesundheit

Prof. Dr. Stefan W. Hell
Direktor am Max-Planck-Institut für
biophysikalische Chemie Göttingen

Volker Kauder MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag

Eckart von Klæden
Staatsminister a. D.

Julia Klöckner MdL
Landes- und Fraktionsvorsitzende
der CDU Rheinland-Pfalz

Prof. Dr. Marianne Kneuer
Professorin für Politikwissenschaft
an der Universität Hildesheim

Roland Koch
Ministerpräsident a. D.

Brigitta Kögler
Rechtsanwältin

Dr. Helmut Kohl †
Bundeskanzler a. D.

Annegret Kramp-Karrenbauer MdL
Ministerpräsidentin des Saarlandes

Dr. Hermann Kues
Parlamentarischer Staatssekretär a. D.

Prof. Dr. Norbert Lammert MdB
Präsident des Deutschen Bundestages

Werner Langen MdEP
Mitglied des Wirtschafts- und Währungs-
ausschusses des Europäischen Parlaments

Armin Laschet MdL
Vorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Carl Otto Lenz
Generalanwalt a. D. am Gerichtshof der
Europäischen Union

Christine Lieberknecht MdL
Ministerpräsidentin a. D.

David James McAllister MdEP
Ministerpräsident a. D.

Dr. Angela Merkel MdB
Bundeskanzlerin,
Vorsitzende der CDU Deutschlands

Adolf Muschg
Schriftsteller

Hildegard Müller
Vorstand Netz und Infrastruktur
der innogy SE

Hildigund Neubert
Staatssekretärin a. D.

Bernd Neumann
Staatsminister a. D.

Prof. Dr. Beate Neuss
Professorin für Internationale Politik an
der TU Chemnitz

Doris Pack
Ehem. Vorsitzende des Ausschusses für
Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport
des Europäischen Parlaments

Dr. Wolfgang Peiner
Senator a. D.

Anton Pfeifer
Staatsminister a. D.

Ronald Pofalla
Bundesminister a. D., Generalbevollmäch-
tigter für politische und internationale
Beziehungen, Deutsche Bahn AG

Ruprecht Polenz
Ehemaliger Vorsitzender des Auswärtigen
Ausschusses im Deutschen Bundestag

Dr. Hans-Gert Pöttering
Präsident des Europäischen
Parlaments a. D., Vorsitzender der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Peter Radunski
Senator a. D.

Herbert Reul MdEP
Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe des
Europäischen Parlaments

**Prof. Dr. Dr. h.c. mult.
Heinz Riesenhuber MdB**
Bundesminister a. D., Präsident der
Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft

Dr. Norbert Röttgen MdB
Bundesminister a. D., Vorsitzender des
Auswärtigen Ausschusses im Deutschen
Bundestag

Adolf Roth
Ehemaliger Vorsitzender des Haushalts-
ausschusses im Deutschen Bundestag

Jörg Schönbohm
Innenminister a. D., stellvertretender
Ministerpräsident a. D.

Dr. Franz Schoser
Schatzmeister der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Werner Schreiber
Vorsitzender der Stiftung
Christlich-Soziale Politik e.V.

Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz †
Ehemaliger Direktor des Seminars für
Politische Wissenschaft der Rheinischen
Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Dr. Peter Tauber MdB
Generalsekretär der CDU Deutschlands

Dr. Johannes von Thadden
Mitglied der Geschäftsführung Airbus
DS GmbH

Prof. Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a. D., Ehrenvorsitzender
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Prof. Dr. Johanna Wanka
Bundesministerin für Bildung und
Forschung

Klaus Welle
Generalsekretär des Europäischen
Parlaments

Stand: 31. Dezember 2016

Der Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. berief 1999 ein Kuratorium, ein Gremium, das die Arbeit der Stiftung seit dem Jahr 2000 in beratender Funktion unterstützt und begleitet. Seine Aufgabe ist es insbesondere, wie ein Seismograf auf wichtige gesamtgesellschaftliche Entwicklungen hinzuweisen.

Orientierung ist in einer Zeit großer Umbrüche, des steten Wandels und fortschreitender Prozesse der Globalisierung wichtiger denn je. Die Umwälzungen in Wissenschaft, Technik, Medien und Kultur erfordern eine weitsichtige, richtungsweisende, vor allem frühzeitige Auseinandersetzung mit den neuen Herausforderungen für die Politik, denen sich die Konrad-Adenauer-Stiftung stellen will.

Dem Kuratorium gehören Personen aus Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur an. Bei der Zusammensetzung des Gremiums hat die Konrad-Adenauer-Stiftung Wert darauf gelegt, die unterschiedlichen Bereiche der Gesellschaft einzubeziehen. Ziel ist eine noch stärkere Vernetzung von Impulsen und Anregungen aus Wissenschaft und Gesellschaft.

Dr. Wolfgang Schüssel
*Vorsitzender des Kuratoriums
Bundeskanzler der Republik
Österreich a. D.*

Prof. Monika Grütters MdB
Staatsministerin für Kultur und Medien

Elke Hannack
*Stellvertretende Vorsitzende des
Deutschen Gewerkschaftsbundes*

Prof. Dr. Roman Herzog †
Bundespräsident a. D.

**Prof. Dr. Dres. h.c.
Paul Kirchhof**
Bundesverfassungsrichter a. D.

Charlotte Knobloch
*Präsidentin des Zentralrats der Juden
in Deutschland a. D.*

Roland Koch
Ministerpräsident a. D.

Prof. Dr. Horst Köhler
Bundespräsident a. D.

Dr. Gisela Meister-Scheufelen
Staatssekretärin a. D.

**Prof. Dr. h. c.
Klaus-Peter Müller**
*Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Commerzbank AG*

Prof. Dr. Ursula Münch
*Direktorin der Akademie für
Politische Bildung Tutzing*

Hartmut Nassauer
Minister a. D.

Dr. h. c. Klaus D. Naumann
General a. D.

Prof. Dr. Sönke Neitzel
*Professor für Militärgeschichte/
Kulturgeschichte der Gewalt,
Universität Potsdam*

**Prof. Dr.
Ursula Nothelle-Wildfeuer**
*Professorin für Praktische Theologie,
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg*

Helma Orosz
*Staatsministerin a. D.,
Oberbürgermeisterin a. D.*

Aygül Özkan
Ministerin a. D.

Dr. Stephan Schaede
*Direktor der Evangelischen Akademie
Loccum*

Prof. Dr. Rupert Scholz
Bundesminister a. D.

**Prof. Dr. med. Dr. h.c.
Volker Schumpelick**
*Direktor i.R. der Chirurgischen Klinik und
Poliklinik Universitätsklinikum Aachen*

Prof. Dr. h.c. Dieter Stolte
ZDF-Intendant a. D.

**Prof. Dr. Dr. h.c. mult.
Horst Teltschik**
Stellvertretender Kanzleramtschef a. D.

Dr. h.c. Erwin Teufel
Ministerpräsident a. D.

Prof. Dr. Birgitta Wolff
*Präsidentin der Goethe-Universität
Frankfurt*

Christian Wulff
Bundespräsident a. D.

Stand: 31. Dezember 2016



Auslandsinformationen (Ai)

Neben der viermal im Jahr erscheinenden Printausgabe steht Online-Nutzern unter www.auslandsinformationen.de eine Publikationsplattform mit einer Vielzahl an Beiträgen zu internationalen Themen zur Verfügung.



„Ein neues Deutschland soll geschaffen werden ...“

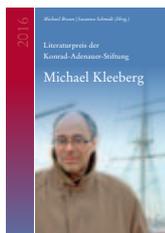
Der Band dokumentiert anlässlich des 70. Jahrestags der Gründung der CDU ein Gespräch mit Zeitzeugen vom Juni 2015. Deren Erinnerungen, angereichert mit Dokumenten, zeichnen ein lebendiges Bild von der Entstehung der Union.



Europa vor Ort.

Kommunen | Bürgerschaft | Förderprojekte

Die Handreichung zur Politischen Bildung zeigt, wie Kommunen von der EU-Förderpolitik profitieren können. Juristische Bestimmungen werden genauso anschaulich dargestellt wie aktuelle Förderprogramme für die kommunale Flüchtlingshilfe.



Literaturpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung 2016: Michael Kleeberg

Das Buch enthält die Laudatio von Jürgen Flimm, Intendant der Deutschen Staatsoper Berlin, die Dankrede des Autors und ein exklusives Interview mit ihm sowie ein Grußwort unseres Vorsitzenden Hans-Gert Pöttering.



Neutral geht gar nicht – Die Politische Meinung

Die Zeitschrift erscheint zweimonatlich zu politisch relevanten Schwerpunkten. Die Sonderausgaben sind im ausgewählten Zeitschriftenhandel, so im Oktober 2016 zu „Martin Luther – Streitbar und umstritten“, erhältlich.



Die bessere Demokratie. Grundsätze für eine repräsentative Ordnung

Die Broschüre erklärt kompakt und verständlich, was repräsentative Parteiendemokratie und Parlamentarismus ausmacht. Erhältlich auch auf Englisch, Französisch, Spanisch und Ukrainisch.

www.kas.de/publikationen

SPRECHERRAT DER
VERTRAUENSDOZENTINNEN UND VERTRAUENSDOZENTEN

Prof. Dr. Hans-Joachim Fuchs
(Vorsitzender), Universität Mainz

Prof. Dr. Dirk Fischbach
Hochschule Harz

Prof. Dr. Martina Stangel-Meseke
FOM Hochschule Dortmund

Prof. Dr. Kerstin Stüssel
Universität Bonn

Alle Vertrauensdozentinnen und -dozenten
finden Sie unter: www.kas.de/vertrauensdozenten

GEWÄHLTE MITGLIEDER IM VORSTAND DER ALTSTIPENDIATEN
DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V. (ASEV)

Ottheinrich von Weitershausen
(Vorsitzender)

Frank Siegmund
(Schatzmeister)

Tobias Clemens

Dr. Dietrich Dorn

Jan Niklas Engel

Dr. Bernd Langhein

Pia Leson

Lukas Lohaus

Dr. Wiltrud Viehoff (kooptiert)

STIPENDIATENBEIRAT

Thies Johannes Albert

Sonja Burkert-Rettenmaier

Theresa Gröninger

Paul Muschiol

Vanessa Sommer

Patrick Todt

IMPRESSUM

Herausgeberin

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin
Telefon: +49 (0) 22 41 / 2 46-0
Telefax: +49 (0) 22 41 / 2 46-25 91

Tiergartenstraße 35
10785 Berlin
Telefon: +49 (0) 30 / 2 69 96-0
Telefax: +49 (0) 30 / 2 69 96-32 61
E-Mail: publikationen@kas.de
www.kas.de

V.i.S.d.P.: Uta Hellweg

Konzeption/Redaktion

Uta Hellweg, Elisabeth Enders

Lektorat

Elisabeth Enders, Silke Pachal

Fotos

Juliane Liebers (Titelseite),
Marie-Lisa Noltenius (Seite 25),
Ralf Baumgarten (Seite 5 und Seite 20)

Layout und Satz

SWITSCH KommunikationsDesign, Köln

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Hinweis

Aus Gründen der Lesbarkeit wurde in diesem Bericht auf eine durchgängige geschlechtsneutrale Formulierung verzichtet. Die Angehörigen des jeweils anderen Geschlechts sind mitgemeint.

ClimatePartner^o
klimaneutral

Druck | ID 53323-1705-1012



www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung